Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

16.1.1874 (No. 13)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nro. 13. | Erscheint täglich (Montag ausgen.) Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. | Freitag 16. Januar | Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. | 1874.

* Wahlergebnisse.

Sembach: Mohl 13, Distel 33. Weizen: Mohl 17, Distel 67. Unterwangen: Mohl 8, Distel 20. Brumadern: Mohl 4, Distel 35. Dillendorf: Mohl 19, Distel 44, obwohl in letzterer Gemeinde unmittelbar vor der Wahl die Ortspolizei Mohl-Zettel von Haus zu Haus brachte und den Wählern allen Ernstes bedeutete, daß die gedruckten Distel-Zettel nicht angenommen würden. (!) Ganz wackere Bürgersöhne, darunter Soldaten, welche den letzten Feldzug mitmachten, standen nicht auf der Liste und wurden darum mit ihren Stimmzetteln abgewiesen. [Man muß eben zuvor in der Liste nachsehen! D. R.]

Bettmaringen: Mohl 13, Distel 54 Stimmen. Mauchen: Mohl 14, Distel 73. Oberwangen: Mohl 6 bedeutende Mehrheit Distel. Birkendorf und Grafenhausen ebenfalls günstiges Resultat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die aus der Amtsstadt colportirte Altkatholiken-Adresse dieses vorstehend günstige Wahlresultat erzielte.

Lottstetten: Unter starkem Hochdruck der sogen. Liberalen wurde hier gewählt Schachleiter mit 48, Faller mit 94 Stimmen.

Weingarten bei Durlach, 14. Jan. Bei der hiesigen Wahl erhielt Max Reichert 158, Friderich von Durlach 405 Stimmen. Bei beiden Confessionen enthielten sich eine Menge der Abstimmung. Von den Protestanten wäee nur ein kleiner Bruchtheil zur Abstimmung erschienen, wenn nicht die Polizeidiener noch kurz vor Schluß der Wahl äußerst rührig gewesen wären, Wahlzettel in die Häuser der Säumigen zu bringen und diese zur Wahl zu veranlassen.

Waldstetten, A. Wertheim. Glänzender Sieg der Volkspartei. Von 197 Wahlberechtigten haben H. v. Buß 171 gewählt. Die 26 nicht Wählenden waren theils krank, theils durch auswärtige Geschäfte verhindert.

6. Wahlkreis. A.-B. Ettenheim: Morstadt 2275, Förderer 2547; A.-B. Lahr: Morstadt 4213, Förderer 2145; vormaliger A.-B. Kenzingen: Morstadt 1233, Förderer 1279; A.-B. Wolfach: Morstadt 1454, Förderer 1893; Gesammtergebniß: gewählt Morstadt (9175) gegen Förderer (7864).

7. Wahlkreis. A.-B. Oberkirch: Bär 743, Hansjakob 1733; A.-B. Kork: Bär 5264, Hansjakob 113; A.-B. Offenburg: Bär 2822, Hansjakob 5803; Gesammtergebniß: gewählt Bär (8829) gegen Hansjakob (7649).

Karlsruhe, 14. Jan. Heute wurde das Resultat der Reichstagswahl des 10. Wahlkreises officiell festgestellt; darnach sind wahlberechtigt 20,536; gewählt haben 14,315, davon 25 ungiltig.

Gewählt wurde Prinz Wilhelm von Baden mit 9748 Stimmen; Pfarrer Hennig erhielt 3907, Schäfer von Offenbach 627, Sinner von Grünwinkel 5, Hettich, Benz und Bitter je 1.

In der Stadt Karlsruhe sind wahlberechtigt 6777; gewählt haben 4133, davon 12 ungiltig. Prinz Wilhelm erhielt 3459 Stimmen. Schäfer 443, Hennig 218 und Benz 1. (Krlsr. Z.)

12. Wahlkreis. A.-B. Heidelberg: Blum 6024, Fischer 1486, Most 64; A.-B. Mosbach: Blum 3334, Fischer 2063; A.-B. Eberbach: Blum 1789, Fischer 468. Gesammtergebniß: gewählt Blum (11,147) gegen Fischer (4017), Most (64).

Badischer Landtag.

X **Karlsruhe**, 12. Jan. (Schluß.) In der Abendsitzung erhält zunächst das Wort der

Abg. Heilig: Mit Gewinnung von 2 Lehrern für die Hochburg sei er einverstanden, aber tüchtige Kräfte sollen es sein. Die Anstalt werde künftig entsprechender wirken. Bisher war wohl der praktische Unterricht Hauptziel; in Zukunft werde er wohl mehr die theoretische Seite im Auge haben. Die kurze Lernzeit solle möglichst für theoretische Ausbildung benützt werden, und stehe zu wünschen, daß die Regierung dafür Sorge trage, und daß die gegenseitigen Rechte — des Directors und der Zöglinge — gehörig festgestellt werden.

Edelmann: Wir stehen vor zwei Positionen, die gegenseitig in Verbindung sind. Es scheine, daß die Regierung bisher keinen Plan gehabt. Erst kürzlich sei die Gartenbauschule errichtet worden, und jetzt solle solche mit der Hochschule verbunden werden. Es sei zu wünschen, daß zuerst ein Plan vorgelegt werde, daß man sage, was man eigentlich wolle; — es sei bisher die Praxis in deren Vordergrund gestanden, jetzt die Theorie. Es scheine, daß es halb Staats- halb Privatschule werde. Soll es wirklich Staatsschule werden? und ist es dann nöthig, solche Verwilligung zu gewähren? Es wäre genug gewesen, für ein Jahr zu bewilligen.

Frank freut sich über diese Position. Die segensreichen Folgen werden nicht ausbleiben. Die Organisation der Winterschulen sollte jetzt schon vorgenommen werden. Er möge den Antrag von Edelmann nicht unterstützen. Die Anstalt habe freilich zu kämpfen, weil sie eben Privatschule sei.

Neßler: Alle Landwirthe, die auf der Hochschule gewesen, freuten sich jetzt noch ihres dortigen Aufenthaltes. Die Grenzen zwischen Praxis und Theorie seien schwer zu bestimmen. Die Unterstützung weiterer Lehrer ist sehr zu befördern. Die Naturwissenschaft könne da gut gepflegt werden, — während eine Privatanstalt solches nicht leisten kann. Tüchtige Lehrer gehen lieber zum Staat, als zu Privaten. Einen Plan vorzulegen, sei schwer, weil diese Art Unterricht in der Landwirthschaft neu, und daher der Veränderung unterworfen sei. Ob Staats- ob Privatschule, sei jedenfalls festzustellen. Er stimme gern zur Position.

Fischer stimmt mit Edelmann darüber überein, daß wenn man heute so, morgen anders arbeitet, nicht gar viel zu erreichen sei; allein einen Plan vorzulegen, sei schwer, zudem bestehe die Anstalt schon lange, man wisse, was sie leiste und wolle. Die Anstalt sei jetzt in guten Händen.

Ministerialpräsident Turban: Die Regierung hat Berathung gepflogen und gefunden, daß die Anstalt ein Bedürfniß ist; ihr Aufgeben wäre sehr nachtheilig. Ob es Staats- oder Privatschule sein solle, frage man? Die Staatsanstalt könne nur wirken, wenn auch das Gut und die Wirthschaft mit übernommen werde; in den Händen des Staats wäre diese nicht gut; man solle es lassen, wie es sei. Dagegen werde sie gefördert durch Bestellung weiterer Lehrer. Einen Lehrplan vorzulegen sei sehr schwierig wegen der stetigen Veränderung, wir werden aber darüber verhandeln. Ein Abkommen mit dem Pächter sei vielleicht schon in kurzer Zeit möglich. Er ersuche die Kammer, die Position zu bewilligen wegen der Wichtigkeit der Sache.

Edelmann: Wenn die Anstalt nur verbessert werden solle, so habe er nichts dagegen; man soll aber dann auch bei einem Plan bleiben, nicht immer ändern; man muß doch im Allgemeinen wissen, in was für Gegenstände der Landwirthschaft unterrichtet werden solle. Sind tüchtige Lehrer da, so werden sich auch Zöglinge finden. Auch in den Winterschulen hat es gute Frequenz gegeben.

Buß: Stimmt nicht für die Position. Man solle nicht immer ändern. Allerdings sei eine solche Anstalt nöthig; es gibt gute Urtheile über die Schule, aber auch gegentheilige. Man muß auch gute Schulen haben, überall hat es gute und schlimme. Aber bei dieser Schule ist klar, daß kein rechter Plan über Zweck 2c. bestanden, es sei ein Experiment, man kann dahin wirken, daß sie prosperire; die Schüler sollen mitarbeiten. Man spricht von Mittelschule; also muß niedere und höhere da sein. Das ist nicht der Fall. Deßhalb kann sie nicht recht gedeihen. Die Lehrer seien vielfach nur so Schullehrer, die weder Lehrer noch Landwirthe seien, treiben andere Geschäfte; das Resultat fehlt deßhalb. Das Bedürfniß wäre eine Hochschule. Die Naturwissenschaft habe außerordentlich viel geleistet. Die Hochschule in Freiburg habe große Güter, warum legt man da nicht eine Landwirthschaft an? Die Professoren hätten bei der geringen Frequenz Zeit, zwei weitere würden genügen. Die Universitäten entfernen sich immer mehr vom Volke. Man muß sie in die Bedürfnisse des Volkes hineinbauen. Man beseitige also die Zwitterseitigkeit der Schule in Hochburg. Hat sie ihre organische Stellung, so wird sie nutzen.

Ministerialpräsident Turban: Die Errichtung einer Landwirthschaft Hochschule sei unmöglich; würde nicht besucht, nicht gedeihen. Das abfällige Urtheil über die Lehrer müsse er zurückweisen. Die Lehrer seien tüchtig.

Roder: Diese Lehrer seien sehr nützlich; bekümmern sich im Winter um Theorie, im Sommer um Praxis; man dürfe ihnen nicht nahetreten.

Paravicini: Eine Hochschule sei nicht zweckentsprechend; wir hätten keine Schüler. Wenn Edelmann meine, es sei kein Plan, so müsse er ihn auf die Commissionssitzung verweisen, da der Plan sei wie bisher, nur noch verbessert.

Bluntschli: Die Position handle von Hochburg und Gartenbauschule. Buß sprach von einer Hochschule und meint, die Lehrer verstünden nichts, allein auch er habe von Landwirthschaft gesprochen, obwohl er kein Landwirth sei. Zudem sei ja in Heidelberg ein derartiger Unterrichtszweig.

Es wird ein Schußantrag eingebracht.

Hansjakob: Er meine, man solle bei solch wichtigen Dingen nicht so im Galopp weggehen; es sei nicht im Interesse des Volkes.

Der Schluß wird angenommen.

Fischer: Man stehe vor dem verschleierten Bilde von Sais. Die Schule solle aufgehoben werden, aber wohin soll sie und was soll dann werden? Er möchte Bluntschli darauf aufmerksam machen, daß man nicht eine, sondern zwei Universitäten habe.

Neßler: Früher seien nur 28 Schüler dem Lande erhalten geblieben; die andern seien in's Ausland; jetzt sei es besser; sie nun jetzt aufzuheben, finde seine Billigung nicht. Unter den jetzigen Verhältnissen werden die Güter nur auf kurze Zeit verpachtet werden. Man stelle es der Regierung anheim; als Ausbildung für kleinere Landwirthe sei sie heilsam. Dagegen müsse er sich dahin aussprechen, daß die Felder sich für Obstbau nicht eignen; die jetzige Obstbauschule sei unter ihrer Leitung gut, hat sie die entsprechende Anerkennung nicht gefunden, so liege der Grund in dem ungünstigen Bodenverhältnisse. Es sei zu wünschen, daß eine Obstbauschule in einem günstigeren Orte errichtet und damit eine Rebschule verbunden werde.

Friderich: Stimmt mit der Regierung überein, die Gartenbauschule aufzuheben, und nur in Karlsruhe eine Obstbauschule zu belassen. Die Ansicht Neßlers, als ob der Boden ungünstig, dagegen die Bäume gut seien, sei ein Widerspruch, die Urtheile seien verschieden. Auch sei die Frequenz nicht so verschieden. Im Ganzen seien es bis jetzt nur 48 Schüler gewesen. Auch er müsse sagen, daß ein Lehrer immer anders gelehrt habe, als ein anderer.

Förderer: Stimmt der Position zu. Die Obstbaumzucht werde im Lande gefördert, das sei sehr vortheilhaft; unser Land sei für Obst sehr günstig, gewöhnlich werde aber zu wenig gethan; die Strafandrohungen für Beseitigung der Raupen beweisen, daß beim Volke vielfach das Verständniß fehle. Er habe gelesen, man sollte gewissen Bediensteten, z. B. den Straßenwarten die Pflicht zur Pflege der Obstbäume auflegen.

Ministerialpräsident Turban: Das sei schon seit längerer Zeit der Fall.

Neßler: Der Boden sei durch Anschwemmung entstanden; Kies, Kalk, Sandstein, seien verschiedene Böden. Er sei für eine kleine Obstschule, aber nicht für Vergrößerung; mit 22 Schülern kann man Schule halten; ihr Dasein beweise ein Bedürfniß.

Lauter stimmt mit dem Vorredner. Man solle das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die Gründe zur Aufhebung der Gartenbauschule seien nicht stichhaltig. Als vor etwa zwanzig Jahren diese Schule gegründet wurde, ging man von der Ansicht aus, es sei eine Obstschule und eine Lehr-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

stätte für Gemüsebau nöthig; wir müssen ja unsere Gemüse vom Auslande beziehen, von Straßburg, Holland 2c. Die Aufgabe dieser Schule ist freilich noch nicht erfüllt, sie ist von ihrem ursprünglichen Ziele abgekommen. Sollte es nicht möglich sein, mit der Gartenbauschule zu handeln wie mit Hochburg? Was den Boden betreffe, so sage er: bei der Hochburg hat man ja geringen Boden gewählt, um zu zeigen, was man auf schlechtem Boden erzielen könne. Man solle einen Weg finden, der Ziele erreicht, wie die Schule in Hochburg.

Frank: Die Obstbauschule sei nach Ansicht Neßlers auf ungünstigem Boden. Der Obstbau gedeiht nicht auf jedem Boden, man solle es der Regierung überlassen, möglicherweise auf der Hochburg die Obstbauschule zu errichten.

Junghanns: Es wäre zu wünschen, Stipendien auszuwerfen, daß die geringeren Landwirthe ihre Söhne schicken können; die Pflege des Obstbaus sei nöthig.

Sachs v. C.: Das bestehe ja schon; es wäre zu wünschen, daß mehr Gebrauch davon gemacht werde.

Paravicini: Es sei viel experimentirt worden, allein gerade die Obstbauschule sei vernachlässigt. Der Obstbaulehrer soll selbstständig sein. Man solle vereinfachen.

Für Pferdezucht.

Heilig: In der obern Landesgegend sei die Pferdezucht in die Hände von Privaten genommen. Die Landgemeinden nehmen an einem Verein Theil. Die Erfahrung ist die, daß man das jetzige System mit dem frühern nicht mehr vertauschen wolle; jetzt 140 Stuten, deren 70 Procent trächtig, während früher nicht einmal 50 Procent. Die Meinung bezüglich Aufhebung des Landesgestütes sei verschieden gewesen; allein man hat den frühern Beschluß nicht zu beklagen. Es sei zu wünschen, daß man diese Vereine unterstütze; die Regierung möge aussprechen, was sie etwa in dieser Sache thun wolle.

Ministerialpräsident Turban: Es ist bekannt, unter welchen Bedingungen die Regierung Unterstützung eintreten läßt. Wir kaufen tüchtige Zuchtthiere, und geben sie an tüchtige Züchter unter der Bedingung, daß sie nach und nach abtragen; auch werden Fütterungsgelder bewilligt — 100, 150 bis 200 fl. Bis jetzt war man mit diesem Verfahren zufrieden.

Lang v. K.: An einem Orte des Landes soll ein Pferdezüchter sein, der 4 Pferde von der Regierung erhalten hat und 800—1000 fl. dazu erhält, nun besteht ein Verein, der 22 Pferde hat, erhält aber nur etwa 150 fl. für das Stück. Das ist kein Verhältniß gegenüber den Privaten.

Blum: Die Aufhebung der Landesgestüte habe zwei Ansichten begegnet. Die Ausgaben seien nicht verhältnißmäßig gegen andere Gewerbe 2c. gewesen. Unterstützt man die Pferdezucht, warum nicht auch die Viehzucht? Baden hat keine Armee mehr, braucht also die Pferdezucht nicht mehr so sehr zu fördern; dieselbe solle sich allmählig auf eigene Füße stellen.

Roder will nur bestätigen, was Heilig gesagt habe. Die jetzigen Resultate seien besser als die früheren. So sorgen wir auch für militärische Zwecke. Die Rindviehzucht werde auch unterstützt.

Ministerialpräsident Turban: Das Ministerium habe dem hiesigen Pferdezuchtverein immer diejenige Aufmerksamkeit geschenkt, welche nöthig sei.

Schoch: Nicht überall herrsche Selbstverwaltung in dieser Hinsicht; allerdings sei man mit den Leistungen des hiesigen Pferdezuchtvereins zufrieden.

Paravicini: Von Erfahrung könne man noch nicht reden; es sei ja jetzt erst ein Jahr; allgemein sei die Ansicht, daß die Privatzucht besser sei; allein es sei hier noch einige Jahre zuzuwarten, um ein sicheres Urtheil zu fällen.

Für Gewerbe 2c.

Edelmann: Die Centralkasse für Gewerbe 2c. habe nur 9174 fl. zu erheben; das Andere empfängt sie von der Generalstaatskasse. Dieselbe soll mit der Generalstaatskasse vereinigt werden; es sei dies billiger, um so mehr, da eine wesentliche Aufbesserung vorgesehen sei. Der Cassier soll 70 Proc. Aufbesserung in zwei Jahren erhalten, — das sei doch zu viel. Auch sei dieser Beamte in die dritte Klasse gesetzt, während Andere, namentlich Steuerbeamte, in die vierte Klasse gesetzt seien.

Ministerialpräsident Turban: Die betr. Stelle sei erst auf dem letzten Landtag festgesetzt worden; man dürfe wohl annehmen, daß man mit Ueberlegung gehandelt habe. Der Vorredner sei im Irrthum: eine Vereinigung beider Kassen würde nichts nützen; Kassier und Diener sei immerhin nöthig. Es würde andernfalls sogar schaden, weil dann jeweils zuerst beim Handelsministerium angefragt werden müsse, und so eine Verschleppung stattfinde. Die Kasse habe beträchtlichen Umfang; im letzten Vierteljahr habe sie 500,000 fl. Einnahme gehabt. Die Ausgaben seien fast ebenso groß, die Buchführung sehr umfangreich. Im Jahre 1864 habe man den Versuch einer Vereinigung gemacht, allein schon nach wenigen Tagen habe man viele Mißstände gefunden.

Nachdem Bär und Edelmann noch kurze, mehr polemische Bemerkungen ausgetauscht, führt Hug zu § 50 aus: Für Unterhaltung der Landstraße sei für die Jahre 1874 und 1875 je eine Million Gulden vorgesehen; hievon erscheinen etwa 400,000 fl. wieder in Einnahmen als Ersatz, den die Kreisverbände und Gemeinden an die Staatskasse zu leisten hätten. Er wolle gegen diese budgetmäßige Behandlung Nichts erinnern, da sie sich auf das Straßengesetz gründe und hiernach als gerechtfertigt erscheine. Dagegen benütze er diese Gelegenheit, um eine Beschwerde zur Kenntniß Großh. Regierung zu bringen, die eine Bestimmung des Straßengesetzes zum Gegenstand habe. Nach dieser Bestimmung haben die Kreisverbände und Gemeinden je ein Viertel an den Unterhaltungskosten für die Landstraßen zu tragen, die andere Hälfte der Kosten bestreite die Staatskasse. Dieser Vertheilungsmaßstab sei unbillig. Die Landstraßen seien nämlich ein Bedürfniß, dessen Befriedigung allen Steuerpflichtigen in nahezu gleichem Maße zu gut komme. Die Billigkeit fordere es daher, daß auch sämmtliche Steuerpflichtige nach Maßgabe ihrer Steuerkapitalien zur Deckung des Straßenbedürfnisses beitragen. Diese Forderung werde aber durch den im Straßengesetz aufgenommenen Repartitionsfuß verletzt. Bei der Gemeinde- und Kreisbesteuerung werden nämlich — abgesehen von der Bestreitung des Armenaufwandes — nur aus den Grund-, Häuser- und Gewerbesteuerkapitalien Umlagen erfolgen; die klassen- und kapitalsteuerpflichtigen Kapitalien seien von den Gemeinde- und Kreisumlagen verschont. Die Folge hievon sei, daß die Grund-, Häuser- und Gewerbsteuerpflichtigen (also hauptsächlich die Landwirthe und Gewerbeleute) einen Theil der Kosten für die Landstraßen zu tragen haben, den billiger Weise die Klassen- und Kapitalsteuerpflichtigen bezahlen sollten. Es sei dies ein Mißstand, über den sich, wie dem Redner aus seiner früheren Stellung als Kassier des Kreisverbandes Constanz bekannt, die Kreisversammlungen oft beschwerend ausgesprochen haben. Regierungscommissär Muth entgegnet, daß der gerügte Mißstand etwa im Weg einer Motion beseitigt werden könne.

Nach einigen Erörterungen von Bengel und Geh. Rath Muth, eine Straße von Treschklingen nach Babstadt betr., nimmt sich Bürklin der Straßenmeister an. Redner führt aus, es seien Letztere im Gehalte stiefmütterlich behandelt. Da der Straßenmeister vielfach auf Gebühren für seine Beschäftigung draußen angewiesen sei, so wäre es in Krankheitsfällen für ihn unmöglich, mit Familie zu existiren. Er bittet die Regierung, auf Erhöhung der fixen Gehalte bedacht zu sein.

Geh. Rath Muth: Die höheren Gebühren bei kleinerem Gehalt sollten den Straßenmeister veranlassen, fleißig hinauszugehen und die Arbeiten zu besichtigen.

Bär unterstützt Bürklin.

Edelmann hält nichts auf Remunerationen; man solle das was man im Einzelnen gebe, im Allgemeinen auf die Besoldung zulegen.

Geh. Rath Muth: Es bedürfe eines Sporns für einzelne besonders Thätige zur Auszeichnung.

Friderich spricht sich für die Remunerationen aus, während Edelmann die Remunerationen als neu und bei andern Dienern geringerer Grade nicht vorkommend bezeichnet.

Nachdem bei „Flußcorrectionen" Schoch und Edelmann verschiedene Bemerkungen und Letzterer namentlich die besonderem Steuern dafür nicht für zulässig erklärt hatte, äußert Junghanns bei „Zuschuß zum Kinzigbau": Es bestehe eine Flußordnung zum Schutz der Kinzig und der dortigen Gewerbe; selbige werde aber häufig übertreten und viele Strafen deßhalb verhängt. Er bezeichnet die Flößerei als ein schweres Hinderniß für die Entwickelung einer großen Industrie im Kinzigthale und frägt, ob man jene nicht ablösen solle.

Ministerialrath Turban: Von Ablölung der Flößerei könne keine Rede sein, da kein Recht auf dieselbe bestehe.

Förder weist auf eine Reihe schon früher eingekommener Petitionen hin, die sich auf die Correction der Kinzig beziehen und wünscht im außerordentlichen Budget mehr Mittel enthalten zu sehen, da die ausgeworfenen 10,000 fl. unzureichend seien.

Nach einer kurzen Discussion zwischen Edelmann und Geh. Rath Muth über den Büreauaufwand bei „Wasser- und Straßenbau" wundert sich Bürklin über die Uebedeutenheit des zur Unterstützung in Erkrankungsfällen ausgeworfenen Betrags von 600 fl. für niedere Bedienstete. Die Commission habe obendrein den Strich vorgeschlagen und er beantrage daher zum Mindesten die Wiederherstellung des Regierungsentwurfs, welcher Antrag von der Regierungsbank empfohlen wird. Nach einer kurzen Discussion, bei welcher Friderich als Vorstand der Budgetcommission und Paravicini als Berichterstatter unter der Heiterkeit des Hauses den von ihnen empfohlenen Strich zu entschuldigen suchen und sich beeilen, denselben fallen zu lassen, wird Bürklins Antrag einstimmig angenommen.

Darauf wird die Gesammtsumme der Ausgaben einstimmig genehmigt und bei den „Einnahmen" keine Erinnerung gemacht. Schluß der Sitzung Abends 8 Uhr.

* **Karlsruhe**, 14. Jan. (2. Kammer.) Präsident Kirsner widmet dem während der Weihnachtsferien des hohen Hauses verstorbenen Herrn Lauer in Mannheim, welcher früher lange Jahre Mitglied der Ständeversammlung war, Worte der Anerkennung.

Es werden verschiedene Petitionen, worunter mehrere altkatholischen Inhalts betr., übergeben.

Junghanns bittet, daß die Bezeichnung „Neukatholiken", wie sie in mehreren Petitionen vorkomme, als eine Beschimpfung nicht in das Protokoll aufgenommen werde.

Förderer erstattet Bericht über die Kosten des letzten Landtages. Wird ohne Discussion genehmigt.

Sachs v. H. berichtet über einige Abänderungen, die von der 1. Kammer an dem Gesetzentwurf, die Vereinigung der Grund- und Unterpfandsbücher bezw. die öffentliche Mahnung beim Pfandstrich betr. beschlossen wurden. Redner ist zwar nicht einverstanden mit den Abänderungen des anderen Hauses und würde jetzt eher noch die Wiederherstellung des betr. Landrechtssatzes empfehlen. Es sei nun aber eine Vereinbarung zwischen den Regierungs-Commissären und den Referenten zu Stande gekommen, welcher Antrag dem Hause auch vom Correferenten Heilig befürwortet wird.

Junghanns empfiehlt eine Modification in der Richtung, der 1. Kammer noch mehr entgegenzukommen.

Huffschmidt freut sich, daß sein so lebhaft bekämpfter und glänzend durchgefallener Antrag nunmehr vom andern Hause angenommen worden sei und auch hier mit einigen Modificationen jetzt Annahme finden werde. Redner dankt dem andern Hause. (Heiterkeit.) Redner wünscht nicht, daß durch andere Anträge die Sache gefährdet werde.

Daran reiht sich eine längere, aber nichts wesentlich Neues bietende Discussion zwischen den Abgg. Neßler, Schmidt v. C., Stigler, v. Feder, Lauter, Geh. Rath v. Freydorf, welcher unveränderte Annahme des Antrags der Referenten empfiehlt, und Referent Sachs v. H., welcher die erhobenen Einwendungen von Stigler u. A. widerlegt, sowie Bender, welcher den Strich der öffentlichen Mahnung für angezeigt hält, dagegen allein Werth auf die specielle Mahnung legt.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen und nachdem Correferent Heilig nochmals das Wort ergriffen hat, um die vorgeschlagene Fassung zu vertheidigen, wird in der Abstimmung der Antrag der Referenten, unter Verwerfung eines auf Strich des letzten Satzes gerichteten Antrages von Feder, Eichelsdörfer und Bender, dahin angenommen: es sei an den speciellen Mahnungen an bekannte Gläubiger im Einverständniß mit der Regierung festzuhalten, dagegen vom letzten Absatz, wie er früher beschlossen war, abzugehen, aber am Schluß den Inhalt des Gesetzes im Wesentlichen folgendermaßen zu bestimmen:

„Die Zustellung an die bekannten Gläubiger kann vom Gerichtsvollzieher durch die Post geschehen.

Die von demselben auszufertigende Urkunde muß jedoch dann die Zeit der Absendung, die Adresse, wohin sie geschah, und endlich die Postanstalt, wo sie aufgegeben wurde, enthalten.

Der Zeitpunkt der öffentlichen Mahnung gilt als die rechtliche Erlassung derselben auch an die bekannten Gläubiger."

Das ganze Gesetz wird darauf in namentlicher Abstimmung mit allen Stimmen gegen 2 angenommen.

Abg. Diez berichtet über den Betrieb der Dampfkessel. Es sei nothwendig, bei den bisher mangelhaften Bestimmungen unserer bestehenden Gesetzgebung, um Unglücksfällen vorzubeugen, die Lücken in den Strafbestimmungen zu ergänzen. Die Gesetzgebung in Preußen habe wesentlich durch ihre

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Strafbestimmungen zur Verminderung der Unglücksfälle beigetragen.

Correferent Neßler zählt statistisch die ungeheure Zahl der Unglücksfälle auf, die in England durch Explosionen vorgekommen, und schließt sich deßhalb dem Referenten an, wenn er auch zugebe, daß die polizeilichen Verordnungen nur die Wahrscheinlichkeit geringerer Unfälle bieten.

Referent Diez hat nur einige Bedenken gegen Art. 2 der Vorlage, welcher den Amtsrichter für 3 Monate Gefängniß für zuständig erklärt, während für das weniger harte Maximum der Geldstrafe das Kreisgericht zuständig zu erklären sei. Referent will im Falle der Unterstützung einen dieses Verhältniß regulirenden Antrag stellen.

Ministerialpräsident Turban rechtfertigt die Vorlage vom Standpunkte der allgemeinen Wohlfahrt und wünscht, was das Bedenken von Diez betrifft, daß man dasselbe nicht weiter berücksichtige im Hinblick darauf, daß man sich der Conformität wegen an die preuß. Gesetzgebung anschließe.

v. Feder hält die Gefängnißstrafen für bedenklich; wenn man die Leute, die allein mit den Kesseln umgehen können, einsperre, würden gerade Unglücksfälle um so zahlreicher entstehen können. Redner wünscht, daß man sich nicht bloß mit den Dampfkesseln befasse, sondern auch mit den Gaskraftmaschinen, die die Gesundheit durch Lärm störten und die Häuser erschütterten.

Ministerialpräsident Turban: Explosionen seien bei letzterer Maschine nicht möglich; was das Geräusch betreffe, so sei das eben eine Unannehmlichkeit, die mit der Entwicklung der Industrie zusammenhänge.

Schmidt v. C. wünscht zu wissen, ob die Regierung den nöthigen Einfluß auf die Anstellung der Visitatoren habe, um deren Kenntnisse und Thätigkeit bemessen zu können.

Bär theilt die Bedenken von Diez gegen Art. 2 nicht.

Ministerialpräsident Turban: Die Regierung habe sich die nöthige Einwirkung auf die Anstellung der Visitatoren gewahrt.

Fieser beantragt die unveränderte Annahme des Entwurfs, ohne die Bedenken von Diez gegen Art. 2 zu theilen.

Nachdem in der Specialdiscussion zu Art. 1 Diez und Neßler noch mehrere Bemerkungen gemacht hatten, wird dieser Artikel und dann auch der Art. 2 ohne weitere Discussion angenommen.

Zu Art. 3 will Seefels eine zweimalige Revision der Kessel innerhalb eines Jahres vorgenommen haben, sowie eine Druckprobe derselben.

Ministerialrath Schupp hält dies Verfahren für zu umständlich, da der Kessel auseinandergelegt und aus dem Mauerwerk genommen werden müsse; es sei das mit vielen Umständen für die Fabrikanten verbunden.

Seefels: Das Gesetz sei nicht für die Fabrikanten gemacht und er empfehle nochmals Vorsicht.

Ministerialpräsident Turban hält die einmalige Revision im Lande für genügend; alle Gutachten hätten dieselbe für ausreichend erklärt.

Schließlich berichtet Mays über die Zuständigkeit der Amtsgerichte als Vormundschaftsbehörde; indessen war es unserem Berichterstatter wegen Abschluß der Redactionsarbeiten unmöglich, dem letzten Theile der Verhandlung anzuwohnen und werden wir nach anderer Quelle den Rest der Tagesordnung berichten.

Deutschland.

Karlsruhe, 15. Jan. S. K. H. der Großherzog haben unterm 8. d. M. gnädigst geruht, die erledigte Bezirksforstei Bruchsal dem Bezirksförster Menzer in Graben und die dadurch in Erledigung kommende Bezirksforstei Graben dem Bezirksförster Schabinger in Neckargemünd zu übertragen.

Karlsruhe, 12. Jan. Begründung der von dem Abg. Schmidt von Constanz u. Gen. eingebrachten Gesetzvorlage, die Rechtsverhältnisse der Altkatholiken betr.

„In Folge der Verkündung der Dogmen von der persönlichen Unfehlbarkeit und absoluten Machtfülle des römischen Papstes ist in der kathol. Kirche eine tiefgehende Spaltung eingetreten.

Der eine Theil der Katholiken und an ihrer Spitze die bisherigen Inhaber der Kirchengewalt, hat sich nach und nach jener Lehre gefügt, während der andere sie als eine mit der kath. Ueberlieferung im Widerspruch stehende Neuerung verwirft.

Jeder Theil nimmt aber für sich allein die Eigenschaft wahrer Katholicität in Anspruch, betrachtet den andern von der Kirche und ihren Gnadenmitteln ausgeschlossen und der Rechte für verlustig, welche nach der Gesetzgebung des Landes den Katholiken als solchen zustehen.

Einer in das religiöse und kirchliche Leben des Volkes so tief eingreifenden Bewegung gegenüber kann und darf der Staat für die Dauer nicht theilnahmslos zusehen. Er darf aber auch von vornherein, da er keinen Beruf hat, Glaubensstreitigkeiten zu entscheiden, keinen Theil zu Gunsten des andern in seinem religiösen Gewissen leiden und in seinen kirchlichen Bedürfnissen schmälern lassen.

Die großh. Regierung hat auch bisher diesen allein richtigen Weg eingehalten und diejenigen Maßnahmen ergriffen, welche der Sachlage entsprachen.

So sehr diese Handlungsweise und gerechte Fürsorge Anerkennung verdient, so kann doch der gegenwärtige Zustand dem immer größer werdenden Bedürfnisse nicht mehr genügen.

Nicht nur ist die rechtliche Grundlage nicht unangefochten geblieben, sondern es konnte auch den dringendsten Bedürfnissen nur zum geringsten Theile entsprochen werden.

Eine Regelung auf dem Wege der Gesetzgebung ist darum dringend geboten und zwar in der Richtung, daß die Möglichkeit der Uebung des öffentlichen Cultus und der Benutzung des zu Cultuszwecken gewidmeten Vermögens beiden Theilen in gleicher Weise gewährt werde.

Eine Aenderung der rechtlichen Stellung der kath. Kirche zum Staate, und insbesondere des Gesetzes vom 9. October 1860, dessen Wirksamkeit im Gegentheil in seinem vollen Umfange für beide Theile anerkannt werden muß, wird durch den anliegenden Gesetzvorschlag nicht bezweckt.

Die einzelnen Bestimmungen sind für sich klar und bedürfen wohl keiner genaueren Erläuterung."

* **Karlsruhe**, 14. Jan. Die Commission für die Kirchengesetze ist, wie man hört, mit ihren Arbeiten so weit fertig, daß bis nächste Woche die Discussion im Plenum eintreten kann.

* **Aus Württemberg.** 16. Wahlbezirk: Bissingen circa 10,000 gegen Schnitzer 2000. 17. Wahlbezirk: Berechtigte 22,884, hievon Zeil 13,740, Golther 2576 Stimmen.

Nürnberg, 14. Jan. 46 bayerische Wahlresultate sind bekannt. Die Ultramontanen erhielten 31 Wahlsitze. [Hört Ihr's Katholiken in Baden: 31 unter 48! D. R.]

* **Frankfurt**, 12. Jan. Ueber den Ausfall der Wahlen im Allgemeinen bemerkt die „Frkf. Ztg.": „Was bis jetzt von dem Ausfall der Wahlen im Reiche verlautet, rechtfertigt bereits die Befürchtung der Berliner Officiösen, welche sich in den letzten Tagen oft recht wundersam kundgaben. Nicht nur, daß die Socialdemokratie an mehreren Orten siegreiche Majoritäten gewonnen hat, auch der „Pantoffel" ist dem Adler gefährlich geworden und mehrere Wahlkreise, die vordem in männlichster Reichsfreundlichkeit strahlten, gehören jetzt den Schwarzen oder wie die „Nordd. Allg. Ztg." will, den „alten Weibern". So Würzburg, Augsburg, München II, wo der vielgepriesene Culturkampf mit einer Niederlage geendet hat. Eine eingehende Beleuchtung des Verdicts, welches der 10. Januar über die Politik der Reichsregierung gefällt hat, müssen wir uns vorbehalten, ersichtlich ist aber schon aus den bis zur Stunde bekannt gewordenen Resultaten, daß sich das allgemeine gleiche Wahlrecht aus dem Banne des außeinseligmachenden nationalen Gedankens zu befreien und anderen Zielen zuzustreben begonnen hat. Und schon das ist zum Guten."

Wiesbaden, 14. Jan. Im 3. nassauischen Wahlkreise St. Goarshausen Nassau ist der bisherige Abgeordnete Sieber (ultramontan) mit 9539 gegen den Justizrath Hilf mit 8678 Stimmen gewählt worden.

Eichstedt, 14. Jan. Wahlkreis Eichstädt-Weißenburg Pappenheim Graf Quadt-Isni (ultramontan) mit 10,517 Stimmen gewählt.

Münster, 9. Jan. Kaplan Böddinghaus, Eigenthümer des „Westf. Merk.", wurde seiner Haft entlassen, nachdem er länger als sechs Wochen vergebens auf Wiedererlangung seiner Freiheit gewartet hatte. Er wurde bekanntlich am 27. Nov. v. J. deshalb in Haft genommen, weil er sich standhaft weigerte, die Verfasser zweier vom Staatsanwalte beanstandeten Artikel des „Westf. Merk.": „Ministerielle Drohungen" und „Die kirchlichen Gesetzentwürfe und ihre Kritik von Seiten eines Protestanten" namhaft zu machen. Seine unerwartet erfolgte Rückkehr erregte unter seinen Freunden und Bekannten großen Jubel, und prangten in schnellster Zeit die Häuser der Pfarreingesessenen trotz der späten Abendstunde im reichen Flaggenschmucke. — Gerüchtweise verlautet, daß bei der bischöflichen Behörde von Seiten der Regierung die Absetzung des Seminarregens, Herrn Domcapitulars Cramer, verlangt worden sei. Vermuthlich spielt als Motiv hiezu die „Staatsgefährlichkeit" des genannten Herrn, wie solche nach der Erklärung der Regierung namentlich in mehreren Stellen seines Büchleins „Israels Hort" sich kundgeben soll, eine Rolle. (Germ.)

Doveren bei Erkelenz, 9. Januar. Nachdem die Geistlichen Rector Rappert von Rallrath und Vicar Rütten von hier, wegen Verweigerung von Zeugenaussagen, behufs Uebertragung ihrer Aemter von dem Untersuchungsrichter v. Gal zu Aachen am 23. v. M. zu 10 Thlr. Geldbuße verurtheilt waren, wurden dieselben heute wegen abermaliger Weigerung nach Aachen in's Gefängniß abgeführt. So birgt das Gefängniß zu Aachen uns zwei sehr nahestehende geistliche Seelsorger. (Germ.)

Mayen, 9. Jan. Heute erhielt der hiesige „gesperrte" Kaplan Lunkenheimer von hier zum zweiten Male eine Vorladung an das Zuchtpolizeigericht in Koblenz auf den 16. d., um sich wegen Vornahme geistlicher Amtshandlungen vom 21. bis 31. Dec. v. J. neuerdings zu verantworten. Selbstverständlich wird Herr Lunkenheimer auch diesmal nicht erscheinen. (Germ.)

Berlin, 13. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" macht sich anheischig, an dem Tage, an welchem die „Germania" den Nachweis beibringt, daß die deutsche Gesandtschaft in Rom irgend welche Summe zum Zwecke der Erlangung der päpstlichen Novelle über die Papstwahl an irgendwen gezahlt habe, eine gleich große Summe als Beitrag zum Peterspfennig an den Caplan Majunke zu entrichten.

Berlin, 14. Jan. In dem 6. hiesigen Wahlbezirke sind nach der nunmehr erfolgten Feststellung 8135 Stimmen abgegeben. Schulze-Delitzsch erhielt 4028 oder 40 Stimmen weniger als die absolute Majorität, kommt also mit Hasenclever, der 2523 Stimmen erhielt, auf die engere Wahl.

Posen, 14. Jan. Der Erzbischof Ledochowski ist zu dem heutigen Termine zur Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter des kirchlichen Gerichtshofes nicht erschienen.

Ausland.

Rom, 14. Jan. „Voce della Verita" sagt über die Publikation des vaticanischen Actenstückes in der „Köln. Ztg.": Das geheim gehaltene Actenstück könnten Agenten des Reichskanzlers sich wohl angeeignet haben. Der Papst werde wesentliche Aenderungen betreffs der Papstwahl schwerlich vorgenommen haben, wenn er auch in Nebenpunkten zeitgemäße Modificationen eingeführt hätte. Wesentlich für die legitime Papstwahl wäre nichts weiter als die Zweidrittelmehrheit der Cardinalsstimmen.

Paris, 13. Jan. In der constitutionellen Commission erklärte sich der Minister des Innern, Herzog von Broglie heute über das Wahlgesetz. Er sprach sich für das Alter von 25 Jahren und ein Domicil von 3 Jahren, Aufstellung der Wählerlisten auf Grundlage der Steuerlisten und Abschaffung des Listenscrutiniums aus und schlug ferner die Ernennung des Senats durch die Regierung und die Generalräthe vor.

Madrid, 14. Jan. General Dominguez ist mit mit seinem Stabe heute in Cartagena eingerückt. Ein Theil der Belagerungstruppen ist bereits gegen die Carlisten nach den Provinzen Valencia und Aragonien abmarschirt.

Oran, 13. Jan. Die spanische Insurgentenfregatte „Numancia" mit ungefähr 2500 Flüchtlingen an Bord hat heute früh 8 Uhr in den Gewässern von Kebbeer Anker geworfen. Dieselbe hat die Blocade von 5 Fregatten vor dem Hafen von Cartagena durchbrochen. Die hiesige Garnison ist in Bereitschaft gestellt und erwartet die Befehle der französischen Behörden.

Briefkasten.

Nach B. Der betr. „Auftritt" könnte leicht zu einem weiteren „Auftritt" vor Gericht führen, wo entweder wir oder der ehemalige Soldat die Zeche bezahlen müßten.

Nach U. „Ich bitte um Aufnahme", schreiben Sie, aber wer ist der „Ich"? Es ist ja Niemand unterzeichnet!

Die in der technischen Welt rühmlichst bekannte, unter dem Namen „Technicum Mittweida" zu Mittweida in Sachsen befindliche höhere Fachschule für Maschinenbau nimmt unter allen ähnlichen Anstalten Deutschlands gegenwärtig ziemlich den ersten Rang ein; denn gegen eine Schülerzahl von 196 im Schuljahre 1871—72 beträgt die jetzige Zahl der Studirenden nicht weniger als 283 aus allen Ländern. Als Specialschule für Maschinenbau wird Mittweida also wohl die besuchteste sein.

Strebsame Lehrkräfte und eine umsichtige, straffe Direction sichern der Schule auch ferner guten Erfolg.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

Das Erzbischöfliche Bauamt Heidelberg

befindet sich im Gebäude der katholischen Kirchenschaffnerei Heidelberg, westliche Hauptstraße Nr. 52.

Durch jede Buchhandlung ist vom Verfasser (Pfarrer in Krumbach b. Meßkirch) zu beziehen:

Himmelspfad,

mit tausend Tugendblumen geschmückt

Von

J. M. Schleyer,

Preis 12 kr.

Diese reichhaltige Zusammenordnung von 1000 Tugendbegriffen in Versen und Prosa steht einzig in ihrer Art da, und verdient unter Geistlichen und Laien die größte Verbreitung.

Straßburg im Elsaß.

Zu verkaufen.

Ein Haus mit drei Stockwerken und Verkaufslokalen, großem gewölbtem Keller, Waschküche, Stallung und Hof mit Terrasse. — Man wende sich an die Elsaß-Lothringische Geschäfts-Office, 4 Brandgasse, Straßburg im Elsaß.

(General-Annoncen Expedition L'Alsace Straßburg 2015). 8.7

Kaufmanns-Lehrling.

Ein gesitteter, talentvoller und kräftiger junger Mensch von braver Familie kann in einem Colonial- und Eisenwaarengeschäft, in einer kathol. schen Marktstadt im badischen Oberlande, bei freier Kost und Wohnung in der Familie, unentgeltlich die Kaufmannschaft gründlich erlernen.

Eintritt sogleich oder in Bälde. Zu erfragen bei Herrn Bürgermeister Pfeiffer in Burkheim o/Rh. und bei der Exp. d. Bl. 3.2

---

ohne Medicin.

Brust- u. Lungen-

kranke finden auf naturgemässem Wege selbst in verzweifelten und von den Aerzten für unheilbar erklärten Fällen radicale Heilung ihres Leidens

ohne Medicin.

Nach specieller Beschreibung der Krankheit Näheres briefl. durch

Dir. J. H. Fickert,

Berlin, Wall-Strasse No. 23.

ohne Medicin. ohne Medicin. ohne Medicin.

Bettunterlagen, Bandagen, Eisbeutel, Suspensorien, Luftkissen, Gummistrümpfe 2c. empfiehlt zu den billigsten Preisen **L. Grösser,** Bandagist, dem Museum gegenüber.

Ein 7jähriger Kampf gegen Vorurtheile

hat dem rheinische Trauben-Brust-Honig nach und nach zum Siege verholfen, indem die außerordentlich segensreichen Eigenschaften dieses vorzüglichen Haus- und Genußmittels bei allen Erkältungsleiden, wie Katarrh, Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Engbrüstigkeit, Hals-, Brust- und Lungenleiden, namentlich auch bei Keuch- und Stickhusten der Kinder immer mehr zur Anerkennung gelangen. Daß alle vorurtheilsfreie Fachmänner, wie Aerzte und Apotheker, den außerordentlichen Werth des Trauben-Brust-Honigs bald eingesehen, geht daraus hervor, daß derselbe seit lange von vielen Aerzten empfohlen wird und daß ca. 500 der größten und vornehmsten Apotheken in Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Schweiz, Belgien, Holland den Trauben-Brust-Honig führen. Auch von Seiten der Behörden findet der genannte Saft höchste Anerkennung.

Herr **W. Zickenheimer** in Mainz.

Haben Sie die Güte und senden Sie mir, ganz nach ihrem Belieben, eine Quantität Trauben-Brust-Honig, **an dem ich ganz besonders deßhalb Gefallen gefunden habe, weil unsere Behörde ihm schließlich Anerkennung zollt.** Wenn es mit Ihrem Geschäftsprinzip vereinbar ist, würde ich ein Haupt-Depot übernehmen.

Darmstadt, 21. December 1873. **K. Calmberg,** Apotheker.

Verkaufsstelle in Flaschen a 1, 1½ und 3 Mark in **Karlsruhe** bei **Th. Brugier,** Waldstraße 10, und bei den Herren **J. Küst,** Langestraße 54; **Adolf Schnupp,** Langestraße 233; **Paul Meyer,** Erbprinzenstraße 2a.

Zu jeder Flasche eine genaue Gebrauchsanweisung.

Neues

Piano-Magazin

von

Schiedmayer & Co.

Strassburg 4 Broglieplatz 4.

Lager von

Flügeln, Pianos und Harmoniums

aus den bedeutendsten Fabriken:

als Bechstein, Blüthner, Lipp, Schwechten 2c. 2c.

Piano-Vermiethung.

Für Elsaß-Lothringen Niederlage und Agentur der Fabrik

von

J. & P. Schiedmayer / Schiedmayer & Söhne Stuttgart.

Medaillen

in Paris, London, Moskau, München, Stettin, Stuttgart.

Ehrendiplom Wien 1873.

Grosse goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft.

Patent.

Vertreten in Freiburg durch **Kaiser & Schiedmayer,** vormals Friedrich Kaiser.

Letzterer steht in keinen Beziehungen zur Firma Kaiser u. Schell in Straßburg.

Katholische Zeitschriften (1874).

(Verlag von Leo Woerl in Würzburg.)

Zu beziehen durch die Literarische Anstalt in Freiburg.

Aus meinem Wanderbuche von C. Häring. 10 Hefte per Jahr. fl. 2.
Das Arbeitsrecht, social politische Abhandlungen. Jährl. 10 Hefte. 3 fl. 36 kr.
Christlich-sociale Blätter Kathol.-soc. Centralorgan. 11 Hefte. 2 fl. 20 kr.
Compaß für das katholische Volk von C. Häring. Monatlich 2 Hefte à 3, 6, 7, 9 kr.
Deutschlands Episcopat in Lebensbilder mit Portraits in Lichtdruck. Monatshefte von 3 Bogen a 30 kr.
Herz-Maria-Blüthen von Cramer. Monatsschrift der deutschen Vereine zum hl. und unbefleckten Herzen Mariä. Jährlich 12 Hefte. 2 fl. 20 kr.
Katholische Bewegung in unseren Tagen. Von Dr. H. Rody. Jährlich 12 Hefte von 3 Bogen. 2 fl. 20 kr.
Katholischer Hausfreund. 6 Hefte a kr.
Politische Broschüren von Constantin Frantz. Monatshefte a 15 oder 18 kr.
Der Ruf der Kirche. Trost- und Mahnworte kathol. Bischöfe an ihre Diöcesanen in den Tagen der gegenwärtigen Bedrängniß. Monatshefte a 12 kr.
Der Zeitgeist, beleuchtet in Erzählungen für das katholische Volk. Monatshefte a 9 – 12 kr.

Setzer-Lehrling.

Ein junger Mensch, der die nöthigen Schulkenntnisse besitzt, kann als Setzerlehrling sogleich oder später in die Schweiß'sche Buchdruckerei, Adlerstraße Nr. 20 eintreten.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag 15. Jan. Erstes Quartal, 9. Abonnementsvorstellung: Neu einstudirt: **Der Weg durch's Fenster.** Lustspiel in einem Akt, nach Scribe, von W. Friedrich. **Die chinesische Hochzeit.** Ballet-Divertissement von Balletmeister Beauval. Zum ersten Male: **Die einzige Tochter.** Schwank in einem Akt von Alexander Graf Fredro. Deutsch von Alexander Rosen.

Freitag, 16. Jan. Erstes Quartal. 10. Abonnements-Vorstellung. **Der Freischütz.** Romantische Oper in 3 Acten von K. M. v. Weber. Agathe: Frl. Steinher, vom Stadttheater in Köln als Gast. Anfang halb 7 Uhr.

Todesfälle.

11. Jan. Bernhard Koch, Taglöhner, Wittwer. 43 J.
12. „ Marie, Vater Mechaniker Allmendinger. 3 M. 25 T.
12. „ Anna, Ehefrau des Säcklermeisters Sartori. 20 J.
13. „ Amalie, Wittwe des Schneidermeisters Kühfuß. 54 J.
14. „ Karl Mall, Kaufmann, ein Ehemann. 49 J.

Fahrtenplan vom 1. Nov. 1873

anfangend:

Abgang von Karlsruhe.

Nach Rastatt, Baden, Freiburg 2c.:
1.10*. 6.45. 7.35*. 10.45. 11.40*. 1.45 2.30*. 5. 7.40. (10.15 nur bis Rastatt).

Nach Bruchsal und Heidelberg 2c.:
7.10. 9.30. 11.12*. 12.40. 1.40*. 4.55. 3.25*. 8.40. 2.40*.

Nach Pforzheim (Mühlacker):
7.50. 10. 1.20*. 1.45. 5.5. 7.45. 11.50*.

Von Pforzheim nach Karlsruhe:
5.25. 6.40. 6.29*. 9.42. 12.23. 1.29* 4.48. 9.10.

Nach Mannheim (Rheinthalbahn):
6.10. 9.30. 2. 7.15.

Von Mannheim nach Karlsruhe:
5.50. 10.35. 2.30. 6.45.

Nach Maxau:
6.35. 8.15. 10.45. 2.30. 6.5.

* Schnellzüge.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 14. Januar.

Staatspapiere.	pr. comptant.	
Preußen 4½% Consol. Oblig.	105¾	G
4½% do.	—	P
4% do.	99¾	G
Baden 5% Obligationen	104½	b
4½% do.	100¾	G
4% do.	9[illegible]⅝	G
3½% do. v. 1842	91⅝	G
Bayern 4½% Obl. 1856 Zs. ½jähr.	101¼	G
4½% „ (Zins 1jähr.)	101¼	b
4% „ „ 1jähr.	96¾	G
Württemberg 5% Obligationen	104⅞	G
4½% „	101	G
4% „	96¾	b
Nassau 4½% Obligationen	97	G
3½% do.	92¼	G
Sachsen 5% do.	105⅝	G
Gotha 5% do.	—	P
Gr. Hessen 5% do.	100	P
4% do.	97	G
Oesterr. 5% Silberrente Z. 4½%	65⅝	b
4% Papierrente Z. 4½%	61⅜	P
do. do.	61⅝	b
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	—	G
Rußland 5% Oblig. v. 1871	93¼	P
Rußland 5% Obligationen v. 1872	93⅝	b
Belgien 4½% Obligationen	102	G
Schweden 4½% Oblig. in Thaler	—	G
Schweiz 4½% Eidgenossensch.-Obl. i. Fr.	—	G
4½% Berner Obligationen	—	G
N.-Amerika 6% Bonds 1882r v. 1862	98⅛	P
6% „ 1885r v. 1865	100⅜	b
5% „ 1904r 10/40 1864	97	G
Spanien 3% neue Schuld von 1869	15⅝	G
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	—	G
do. leere.	—	b
Actien und Prioritäten.		
Badische Bank, 200 Thaler	113¾	b
3% Frankfurter Bank, fl. 500	147	P
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	394½	G
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1026	G
5% do. Creditactien, fl. 160	248	b
Stuttgarter Bank	94½	G
5% Elisabethbahn, fl. 200	227½	G
5% Rudolphsbahn, fl. 200	163	G
4% Ludwigshafen-Berbacher-E. fl. 500	184⅜	b
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 200	115	b
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	149	b
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	343	b
5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	86⅜	G
3% do. do.	49¾	b
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	85½	G
5% do. do. 2. Emiss.	83⅛	G
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	—	G
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	61⅛	G
5% Hessische Ludwigsbahn	—	G
5% Pfälzische Ludwigsb. (Berbach.)	—	b
6% Central Pacific, rückz. 1898	82⅞	G
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	65⅞	G
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	49½	b
Anlehens-Loose.		
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	116⅛	b
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	113⅜	G
Badische 35-fl.-Loose	67½	G
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	22⅞	b
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	—	G
„ 25-fl.-Loose	60	P
Kurhessische 40-Thaler-Loose	69½	G
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	14½	b
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	91⅞	b
„ 5% 500 do. do. 1860	94	b
„ 100-fl.-Loose do. 1864	147	G
Schwedische 10-Thaler-Loose	14½	b
Finnländer 10-Thlr.-Loose	10	b
Meininger 7-fl.-Loose	7⅜	b

Wechsel-Cours.		
Amsterdam k. S.	99⅜	b
Augsburg „	100	P
Berlin „	104⅞	G
Bremen „	105⅛	P
Brüssel „	93⅜	b
Hamburg „	105⅝	P
Leipzig „	105	P
London „	118½	b
Mailand „	—	b
Paris „	93½	b
Wien „	103⅛	P

Gold und Silber.		
Pr. Friedrichsd'or	fl.	9. 57½—58½
Pistolen	„	9. 41—43
Holländ. 10-fl.-St.	„	9. 52—54
Ducaten	„	5. 32—34
20-Frankenstücke	„	9. 21½—22½
Engl. Sovereigns	„	11. 48—50
Russ. Imperiales	„	9. 42—44
Dollars in Gold	„	2. 24½—25½

Druck und Verlag von L. Schweiß, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg